Bund der Richter und Staatsanwälte in Sachsen-Anhalt

Vorsitzender:
RiOLG Dr. Christian Hoppe

Geschäftsstelle:
c/o Amtsgericht Magdeburg
Breiter Weg 203-206
39104 Magdeburg
Tel.: (0391) 606-6434 oder (03445) 28-2113
Mail: post@richterbund-lsa.de

Bund der Richter und Staatsanwälte in Sachsen-Anhalt
c/o AG Magdeburg, Breiter Weg 203-206, 39104 Magdeburg

Magdeburg, 31. März 2022

Mitgliederinformation

Liebe Mitglieder,

seit der Mitgliederinformation vom 07. Februar 2022 gibt es Folgendes zu berichten:

Aus dem Landesverband:

Am **18. März 2022** fand in Berlin im „Haus des Rechts“, also in den Räumen der Bundesgeschäftsstelle in der Kronenstraße 73, das im Herbst 2021 verabredete Treffen der Vorsitzenden der ostdeutschen Landesverbände statt, an der für Sachsen-Anhalt neben dem Landesvorsitzenden unser Vorstandsmitglied Olaf Braun teilgenommen hat. Das Treffen, zu der die Co-Bundesvorsitzenden Barbara Stockinger und Joachim Lüblinghoff eingeladen hatten, diente der Erörterung von Themen, die besonders die ostdeutschen Landesverbände betreffen. Gegenstand der Besprechung war zunächst ein Meinungsaustausch zum Stand der Digitalisierung in der Justiz. Zentrale Themen bildeten danach Fragen im Umgang mit in Ostdeutschland besonders stark vertretenen Parteien am Rand des politischen Spektrums, Maßnahmen zur Stärkung des Vertrauens der Bevölkerung in die Justiz und – mit Blick auf die Konkurrenz unter den Justizverwaltungen – Maßnahmen für eine verbesserte Nachwuchsgewinnung. Der Landesvorstand nimmt die Anregungen aus der kontroversen Debatte mit in seine Verbandsarbeit.

Am **30. März 2022** – etwa ein halbes Jahr nach ihrem Amtsantritt - hatte der Landesvorstand Frau **Justizministerin Franziska Weidinger** bei sich zu Gast. Das knapp zweistündige Gespräch fand im Justizzentrum Magdeburg statt und ging auf die Einladung unseres Verbandes zurück.
Nach kurzer Vorstellungsrunde, die einem wechselseitigen Kennenlernen diente, zeichnete Frau Ministerin Weidinger zunächst ein aktuelles Bild der Justiz des Landes und setzte hierbei ihre Schwerpunkte auf die Themen Digitalisierung und Personalgewinnung.

Nachwuchsgewinnung sei eine besondere Herausforderung. Frau Weidinger habe vor, die Neueinstellungspraxis des MJ zu verbessern, um mit Blick auf den Konkurrenzdruck durch freie Berufe und Justizverwaltungen anderer Bundesländer die Attraktivität zu erhöhen und die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Grundlage sei das Personalfeinkonzept, zu dessen Umsetzung es neben vorhandener Haushaltsmittel größerer Anstrengungen bei der Personalgewinnung bedürfe. Frau Weidinger skizzierte den Vorstandsmitgliedern die eingeleiteten und von ihr geplanten Schritte. Um ausreichend Assessorinnen und Assessoren zu gewinnen, strebe sie u.a. an, deren Verwendung innerhalb der Probezeit auf wenige Stationen zu begrenzen, Wechsel zwischen den Stationen in zu kurzen Zeitabständen zu vermeiden, von einer gerichtsbarkeitsübergreifenden Rotation abzusehen und örtliche und fachliche Präferenzen stärker als bisher einzubeziehen. Sie befinde sich im Austausch mit den Gerichts- und Behördenleitungen und sei zuversichtlich. Sie wolle mehr Flexibilität erreichen. Besondere Qualifikationen junger Proberichterinnen und Proberichter spielten künftig für die Verplanungspraxis eine wichtigere Rolle. Quereinsteiger sollten in den Genuss einer kürzeren Probezeit kommen können. Nicht zuletzt hob Frau Weidinger hervor, dass Handlungsbedarf nicht nur bei Richtern und Staatsanwälten, sondern auch bei anderen Diensten der Justiz bestehe.

Der Landesvorstand begrüßt die angekündigten Schritte, die in vielen Punkten mit den Forderungen des Verbandes einhergehen. Bereits 2020 hatte der Landesvorstand ein Eckpunktepapier im Umgang mit Assessorinnen und Assessoren erarbeitet (*https://www.richterbund-sachsen-anhalt.de/fileadmin/Sachsen-Anhalt/Bilder/Eckpunkte_2020.pdf*) und neben einer verbesserten und transparenten Kommunikationskultur vor allem den Verzicht auf eine gerichtsbarkeitsübergreifende Rotation gefordert.

Mit dem *Stand der Digitalisierung* in der Justiz zeigte sich Frau Ministerin Weidinger unzufrieden. Hier wolle sie deutlich „aufs Tempo drücken“, um die unzureichende Ausstattung aller Liegenschaften mit Technik zügig voranzubringen. Unser Landesverband hatte hier in der Vergangenheit und mit Blick auf die Herausforderungen durch die Coronapandemie deutliche Kritik an dem schleppenden Ausbau geübt. Wichtige Schritte, so Frau Weidinger, seien bereits eingeleitet. Die Justizministerin konnte den Vorstandsmitgliedern erfreulicherweise in Aussicht stellen, dass für jede Liegenschaft der Justiz je eine Anlage zur Durchführung von Gerichtsverhandlungen nach § 128a ZPO in einer Bild-Ton-Übertragung aus Coronapandemie-Mitteln angeschafft werde, die bis Ende

dieses Jahres auch einsatzbereit sei. Der weitere Ausbau aller Gebäude bis hin zur Vollausstattung der Säle und Büros mit moderner Technik werde aus dem regulären Haushalt finanziert. Hier sei ihr eine beschleunigte Verwirklichung besonders wichtig, in die dann auch die bislang gesammelten Erfahrungen und die Vorstellungen der Bediensteten einfließen müssten. Sie zeigte sich zuversichtlich, dass die Rolle der Justiz und die erforderliche Modernisierung der Justiz auch in anderen Teilen der Landesverwaltung anerkannt würden. Bisherige Gespräche mit dem Ministerium der Finanzen und dem Ministerium für Infrastruktur und Digitales seien vielversprechend gewesen.

Mit Blick auf den elektronischen Rechtsverkehr hatte unser Landesverband früh Anstrengungen angemahnt, um einen Medienbruch zwischen digitalen Schriftsätzen und papiergeführten Gerichtsakten zu vermeiden (*https://www.richterbund-sachsen-anhalt.de/fileadmin/Sachsen-Anhalt/Dokumente/Positionspapier_E-Justice_Schlagworte_Februar_2020.pdf*). Frau Ministerin Weidinger gab an, die Ertüchtigung der Gebäude mit der notwendigen Hard- und Software deutlich beschleunigen zu wollen, was sich u.a. mit Blick auf die Fachprogramme und deren Einbindung in Entwicklungsverbünde (u.a. EUREKA) nicht einfach gestalte. Einen besonderen Stellenwert werde die künftige Gestaltung der Dienstarbeitsplätze einnehmen, wobei deren Ausstattung mit Laptops einschließlich Gruppenzertifikaten mit der Eignung zur Nutzung in einem „echten“ home office geplant sei. Einen konkreten Zeitplan, wann die Voraussetzungen für mobiles Arbeiten flächendeckend geschaffen seien, konnte Frau Weidinger zwar nicht nennen. Sie gab aber an, dafür erforderliche Maßnahme zu priorisieren. Dazu gehöre auch die technische Einrichtung und die schnelle Verteilung der ersten 1.000 Laptops für die (ordentlichen) Gerichte.

Nach Eindruck des Landesvorstands ist Frau Ministerin Weidinger sehr bewusst, dass ein ganz erheblicher Nachholbedarf besteht, den es bis zur verpflichtenden Einführung der elektronischen Akte 2026 aufzuholen gilt. Das erfreulich offene und aufrichtige Gespräch konnte viele Anknüpfungspunkte für einen weiteren Austausch aufzeigen. Aus Sicht des Vorstands besteht eine begründete Hoffnung, dass die Vorschläge des Landesverbands künftig auf fruchtbaren Boden fallen und dass das Engagement und der Sachverstand unserer Mitglieder stärker als bisher in Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse einfließen kann.

Aus den Bezirks- und Fachgruppen:

Die **Bezirksgruppe Stendal** hat am 01. März 2022 ihre Mitgliederversammlung nachgeholt und den Vorstand neu gewählt. Frau Richterin Maren Primke, z. Zt. Amtsgericht Stendal, wurde zur neuen Vorsitzenden der Bezirksgruppe gewählt. Der bisherige Vorsitzende, RiAG a.D. Rainer Mählenhoff, bleibt dem Vorstand noch erhalten: er ließ sich zum Stellvertreter wählen. Kassenwart ist weiterhin Herr DirAG Kay Timm. Als Schriftführer wurde Herr DirArbG Arne Hüskes bestätigt, der aufgrund seines Wechsels an die Spitze des Arbeitsgerichts Stendal aber demnächst in die Fachgruppe der Arbeitsrichterinnen und -richter wechseln könnte. Für die Mitglieder der Bezirksgruppe nahm er die Verabschiedung von Rainer Mählenhoff vor und dankte ihm sehr für sein langjähriges und unermüdliches Engagement, das 1992 begonnen hatte.

Der Landesvorstand gratuliert!

Weitere Berichte aus den Bezirks- und Fachgruppen liegen nicht vor.

Ansprechpartnerinnen und -partner in den Bezirks- und Fachgruppen

Unter dem Link https://www.richterbund-sachsen-anhalt.de/unser-landesverband/landesvorstand sind aktualisierte Verzeichnisse der Mitglieder des engeren und des gesamten Landesvorstands abrufbar.

Der Landesvorstand